

»Wir sind doch auch eine Minderheit« Rechtspopulismus als Verteidigung von Lebensformen

Gibt es eine Krise der Demokratie und eine Verwilderung der sozialen Beziehungen? Viele Beobachtungen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung aus Wissenschaft und Publizistik kommen zu dieser Einschätzung. Das Misstrauen in politische Prozesse und Entscheidungen, die Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten und die Ausbreitung menschenfeindlicher Einstellungen sprechen tatsächlich für einen kritischen Moment. Während das System der Repräsentation politischer Interessen gegen Fragen der Wirtschaftsdemokratie ohnehin weitgehend immun ist, hat es sich im Zuge eines neuen Konstitutionalismus und einer ausufernden Expertokratie weiter vom Volkssouverän entfernt.

Auf der Seite dieses Souveräns wiederum schlagen Ansprüche auf eine Demokratisierung der Demokratie wie auch ein Verlust von Selbstverständlichkeiten des demokratischen Miteinanders zu Buche. Der Rechtspopulismus macht in dieser Situation ein für viele ansprechendes politisches Angebot, indem er die etablierte Politik als »Selbstbedienungsladen« vorführt, das Parlament als »Schwatzbude« diffamiert und dem »Volk« als wahrhafter Instanz der Politik zu seinem Recht verhelfen will. In den Sozialwissenschaften gibt es eine schon lang andauernde Debatte darum, was genau den Rechtspopulismus ausmacht (Priester 2012a). So wurde vorgeschlagen, das Po-

Peter Bescherer, Dr. phil, geb. 1978 in Gera/Thüringen. Studium der Soziologie, Philosophie und Germanistik in Jena, Wiss. Mitarbeiter am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften/Uni Tübingen, Forschungserfahrungen in Projekten zur Arbeitsmarktreform und »strenger Zumutbarkeit« unter Hartz IV (SFB 580, Jena), Protestmobilisierungen gegen Rechtsextremismus (EU FP7, Jena), Urbane Unsicherheit (BMBF, Tübingen). 2014-2017. Außerakademische Erfahrungen in der Beratung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gegen Rechtsextremismus. Ausgewählte Veröffentlichungen: Das Recht auf Stadt zwischen kommunaler Sparpolitik und privaten Investitionen. Eine Fallstudie zu Konflikten um urbane Sicherheit, Kritische Justiz 49 (1/2016), 72-85 (gemeinsam mit R. Haverkamp u. T. Lukas); Zwischen Standortschutz und Demokratisierungsprojekt. Selbstverständnis und Praxis der Protestbewegung gegen Rechtsextremismus am Beispiel Jena, Berliner Debatte Initial 25 (1/2014), 54-65; Vom Lumpenproletariat zur Unterschicht. Produktivistische Theorie und politische Praxis, Frankfurt a.M./New York: Campus 2013.

GND: 137102798

DOI: [10.18156/eug-1-2017-art-3](https://doi.org/10.18156/eug-1-2017-art-3)

populistische im Rechtspopulismus als machtstrategische ›Anreicherung‹ politischer Programmatiken (bzgl. des Wohlfahrtsstaates, der Immigration, der europäischen Integration etc.) zu begreifen oder ihn als einen bestimmten Politikstil (der mit Personalisierung und Moralisierung operiert) zu fassen. Als zentrales Unterscheidungskriterium wurde zudem die Berufung auf ›das Volk‹ eingeführt, wobei der Rechtspopulismus darunter eine homogene Kategorie versteht, die individuelle Differenzen unsichtbar macht (Wildt 2017), während linker Populismus auf die Inklusion und Sichtbarkeit des Pluralismus abzielt und etwa Rechte für subalterne Gruppen einfordert (Boris 2016). Dass die Probleme in der begrifflichen Erfassung des Rechtspopulismus nur schwer auszuräumen sind, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass auch im etablierten politischen Diskurs Anrufungen des ›Volkes‹ und ausgrenzende Appelle an die nationale Wir-Gemeinschaft zu beobachten sind. Der vorliegende Beitrag beansprucht nicht, die Frage nach der Begriffsbestimmung zu entscheiden, er schlägt jedoch ein Verständnis des Rechtspopulismus vor, das andere Verständnisse umfassen kann. Die Krise der Demokratie, so die hier verfolgte These, findet ihren Ausdruck und Verstärker im Bezug auf (vermeintlich) bedrohte Lebensformen. Der Rechtspopulismus kann dementsprechend als eine Variante betrachtet werden, bestimmte Lebensformen gegen die liberale ›Gleichgültigkeit‹ zu verteidigen. Neben der Entwicklung dieser These im ersten Teil des Textes und ihrer Illustration anhand empirischer Beispiele aus den rechtspopulistischen Diskursen im zweiten Teil, diskutiere ich im dritten Abschnitt die Konsequenzen für die politisch-demokratische Auseinandersetzung.

⇒ 1 Lebensformen statt Interessen

Nach modernem Verständnis verfolgt politisches Handeln Interessen. Sie ist Arbeit an der Verallgemeinerung bestimmter Vorstellungen über gesellschaftliche Ordnung und die Regulierung sozialer Beziehungen; sie bemüht sich um Überzeugung und Mobilisierung von Menschen für ihre Ideen; sie ist organisierte Kritik und Streit um diese Ideen (Ranciere 2002). Populismus kann demgegenüber als eine Politik der Lebensformen verstanden werden: »Populistische Bewegungen können nicht auf der Ebene zurechenbarer rationaler Interessen (z. B. des ökonomischen Klasseninteresses) definiert werden. In ihren Wir-Bildern gehen sie vielmehr auf die Ebene askriptiver Kollektivitätseigenschaften wie regionale und nationale Zugehörigkeit, Sprach- und Geschlechtsgemeinschaft, Hautfarbe, ethnische Herkunft etc.« (Dubiel 1986, 37). Im Anschluss an diese Überlegung soll Rechtspo-

pulismus hier als Verteidigung und Verabsolutierung von Lebensformen interpretiert werden, die sich als ›normal‹ und ›natürlich‹ präsentieren, also von (expliziten) Interessen, die sich in der sozialen und politischen Auseinandersetzung bilden und aneinander abarbeiten, gerade absieht. Der Rechtspopulismus unterscheidet sich vom Rechtsextremismus darin, dass er nicht völkisch-rassistisch, nationalrevolutionär und antidemokratisch auftritt, sondern sich in erster Linie gegen die ›Etablierten‹ wendet, häufig marktradikale Positionen vertritt und unmittelbare Demokratie einfordert (Priester 2012b; Häusler 2013, 13-20). Lebensformen sind aus Sicht des Rechtspopulismus mit *feststehenden* Interessen ausgestattet; insofern kann bei der Politisierung von Lebensformen von Identitätspolitik gesprochen werden, da das Ziel die Verteidigung und Durchsetzung askriptiver Gruppenmerkmale ist. Andere Lebensformen werden dann nicht als ebenso berechtigt angesehen, sondern der eigene Anspruch auf vermeintliche Ursprünglichkeit geltend gemacht. Tatsächlich aber sind die Lebensformen, auf die sich der Rechtspopulismus bezieht, konstruiert und anachronistisch. Diese Auffassung soll im Folgenden begründet und mit Beispielen belegt werden.

⇒ 1.1 Lebensformen soziologisch

Lebensformen können soziologisch beschrieben werden als Ensemble werthaltiger sozialer Praktiken. Sie entsprechen in etwa dem, was Pierre Bourdieu als Habitusformen gefasst hat (vgl. dazu allgemein Bourdieu 1982, 277-286; Bourdieu 1987, 97-121; Bourdieu/Wacquant 1996, 147-175). Ihm zufolge handelt es sich dabei um Prinzipien des Denkens, Wahrnehmens, Handelns und Urteilens, die den sozialen Praktiken von Individuen und Gruppen zugrunde liegen und nur in Ausnahmefällen außer Kraft gesetzt werden. Der Habitus ist kein starres Schema, sondern steckt die Grenzen möglicher Praxis und ihrer Ausführungen ab. Er ist die in den Individuen verkörperte Geschichte von sozialen Feldern und der Niederschlag sozialstruktureller Positionen. Und er stellt zugleich die Anlagen bereit für die soziale Praxis in diesen Feldern, was die Reproduktion der Logik eines sozialen Feldes sowie die Institutionalisierung und Materialisierung erfolgreicher Handlungsstrategien umfasst. »Als Produkt der Geschichte produziert der Habitus individuelle und kollektive Praktiken, also Geschichte, nach den von der Geschichte erzeugten Schemata; er gewährleistet die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niedergeschlagen und die Übereinstimmung und Konstanz der

Praktiken im Zeitverlauf viel sicherer als alle formalen Regeln und expliziten Normen zu gewährleisten suchen« (Bourdieu 1987, 101). Soziale Akteure*innen sind weder bloß Effekte objektiver Strukturen noch sind sie völlig frei in ihrem subjektiven Handeln. Als Vermittler zwischen Struktur und Handeln zeichnet der Habitus für den ›sozialen Sinn‹ verantwortlich, der die Einzelnen in ihren alltäglichen Lebensvollzügen orientiert und ihren Praktiken Kohärenz verleiht. Der Habitus generiert Handlungen, die den Feldbedingungen i.d.R. angemessen sind und die ›funktionieren‹, ohne dass ihnen bewusste Entscheidungen vorausgehen. Neben sensuellen, kognitiven und handlungsbezogenen Dispositionen umfasst der Habitus Muster ästhetischer Präferenzen und des Lebensstils sowie ein Ethos. Die Angemessenheit der habituell generierten sozialen Praktiken bezieht sich auch auf implizite Normen des richtigen Handelns sowie auf die legitimen Hoffnungen und Erwartungen im jeweiligen sozialen Milieu; der Habitus trachtet danach, »alle ›Dummheiten‹ (›so etwas tut man nicht‹), also alle Verhaltensweisen auszuschließen, die gemäßregelt werden müssen, weil sie mit den objektiven Bedingungen unvereinbar sind« (ebd., 104).

⇒ 1.2 Lebensformen philosophisch

In Ergänzung zur soziologischen Perspektive fokussiert die Perspektive der politischen Philosophie auf die ethische Dimension von Lebensformen. Entsprechend versteht sie darunter Kulturen des guten Lebens, die dadurch charakterisiert sind, dass sie miteinander in Konkurrenz stehen und auf Verallgemeinerung zielen. Erst das Leben so zu gestalten, wie die jeweiligen Lebensformen es vorsehen, bedeutet, ein gutes Leben zu führen. Es lässt sich somit sagen, »dass in Lebensformen Stellungnahmen impliziert sind, und zwar dazu, *wie man leben soll*« (Jaeggi 2014, 141). Eine Lebensform ist demnach teleologisch strukturiert; sie macht Annahmen darüber, welche Zwecke die mit ihr verbundenen sozialen Praktiken und soziale Institutionen verfolgen und welche Haltungen ihnen entgegenkommen, so dass von einem gelingenden Leben gesprochen werden kann. So wird etwa die Lebensform Familie mit bestimmten Annahmen über Sexualität, Erziehung und Geschlechterrollen verknüpft. In der Terminologie der Moralphilosophie gehört die in Lebensformen kultivierte Vorstellung, es gebe ein gutes und gelingendes Leben, der tugendethischen Tradition an, die mit Theorien des politischen Liberalismus in gewisser Weise in Konflikt steht. In modernen pluralistischen Gesellschaften, so der Ausgangspunkt des Liberalismus und der auf ihm

gründenden staatlichen Ordnung, können Antworten auf die Frage nach dem guten Leben nicht verallgemeinert werden. Aufgabe von Politik und Gesetzen sei es nicht, bestimmte Wertvorstellungen zu institutionalisieren, sondern die Bedingungen dafür zu gewähren, dass die Einzelnen über ihre Lebensformen frei bestimmen können, solange sie mit den gleichermaßen berechtigten Ansprüchen anderer Lebensformen nicht kollidieren. Weltanschauliche und religiöse Differenzen werden gewissermaßen eingehegt, so dass über die Rechtspflichten hinaus, die sich Menschen als ›Zweck an sich‹ (Kant) schulden, Wertfragen allein der individuellen Selbstverwirklichung zukommen und nicht verallgemeinerbar sind. Das *Wozu* der persönlichen Freiheit bleibt unbestimmt: »Würde man die Verfassung auf eine spezielle Vorstellung vom Glück gründen, so würden manchen die Werte anderer aufgezwungen; damit wäre das Recht jedes Einzelnen, die eigenen Zwecke zu verfolgen, nicht respektiert.« (Sandel 2013, 190)

⇒ 1.3 Grenzen des politischen Liberalismus?

Geht es nach der politischen Theorie des Liberalismus, soll nur das Gegenstand öffentlicher politischer Debatten werden, worauf sich alle Einzelnen unter Bedingungen eines idealen Gesellschaftsvertrages einigen können, der von besonderen Identitäten und Gruppenloyalitäten absieht (Rawls 1975, 159-166). Sofern der normative Charakter von Lebensformen für gewöhnlich implizit bleibt und nicht auf vertragsmäßigen Absprachen beruht und sofern ihre Ansprüche expansiv sind (sie besagen, wie man leben soll), stehen Lebensformen in der liberalen Demokratie also unter einem Durchsetzungs- oder Neutralisierungsvorbehalt. D. h. die öffentliche Debatte über allgemein verbindliche Rechte und Pflichten verlangt »ethische Abstinenz« (Habermas, zit. n. Jaeggi 2014, 35). Aber ist diese Privatisierung ethischer Fragen realistisch? Aus verschiedenen Gründen sind hier Zweifel angebracht. Eine ideologiekritische Betrachtung etwa setzt dort an, wo sich die behauptete Neutralität staatlicher Institutionen als Illusion erweist. Sandel (2013, 346-355) führt beispielhaft die gleichgeschlechtliche Ehe an, die von Liberalen mit Bezug auf die Freiheit des/der Einzelnen begründet wird, die aber doch *bestimmte* Intimbeziehungen rechtlich prämiert und *bestimmte* Werte institutionalisiert. Die Ehe ist auch für die Liberalen nicht neutral in dem Sinne, dass Polyamorie die gleiche Anerkennung wie die (hetero- oder homosexuelle) Zweierbeziehung erhalten soll. Zeitdiagnostische Überlegungen verweisen auf Entwicklungen, die es immer schwieriger machen, ethische Ansprüche aus dem öffentlichen Leben auszuklammern.

Reckwitz (2016) etwa analysiert die Pluralisierung von Lebensformen in der Spätmoderne als »global expandierende Hyperkultur«. Quasi außerhalb des ethisch entlasteten Kerns liberaler Staatlichkeit nehme der – zumal finanziell voraussetzungsvolle, denn kulturelle Distinktion muss man sich leisten können – Überbietungswettbewerb zwischen den Lebensformen zu, ohne je auf eine Entscheidung hoffen zu können. Das öffentliche Leben wird in der Folge als sinnentleert und steril begriffen und die Abstinenz des Liberalismus in Fragen des guten Lebens stößt verstärkt auf Ablehnung, wird weltanschauliche und kulturelle Pluralität doch als Ignoranz und Beliebigkeit seitens der ‚Etablierten‘ erfahren (Sandel 2013, 367). Ganz entgegen der liberalen Zielvorstellung werden eben nicht Toleranz und Respekt erzeugt, sondern Gefühle der Missachtung und Gleichgültigkeit. Es klafft eine Lücke zwischen den Erwartungen vieler Menschen an substantielle gesellschaftliche Debatten und der Zurückhaltung kultureller und politischer Repräsentanten, diese Debatten zu führen. Aber: »Wo Liberale Angst haben, sich zu zeigen, eilen Fundamentalisten herbei.« (ebd., 333)

⇒ 1.4 Ein politisches Angebot an traditionelle Lebensformen

Genau dort setzt der Rechtspopulismus an, indem er die unter Veränderungsdruck geratenen Lebensformen in bestimmter Weise politisiert. Wiederum mit Bourdieu gesprochen, tendieren Habitus- bzw. Lebensformen für gewöhnlich dazu, ihre Erzeugungsbedingungen zu reproduzieren und sich der Kritik zu entziehen, sei es, dass sich dieses Meidungsverhalten »automatisch aus den Existenzbedingungen ergibt (wie z. B. das Meidungsverhalten aufgrund räumlicher Trennung) oder auf eine strategische Absicht zurückgeht (die z. B. Kinder von »schlechtem Umgang« oder »Schmutz und Schund« fernhalten will)« (Bourdieu 1987, 114). Diese reproduktive Tendenz wird jedoch durchbrochen, wenn der Habitus mit Bedingungen konfrontiert wird, in denen er sich »nicht wiedererkennt« – die sozialen Felder, auf denen der Habitus zur Anwendung kommt, differenzieren sich aus, unterliegen der Beschleunigung und Dynamisierung oder geraten in eine Krise, so dass die impliziten Prinzipien der Habitus-/Lebensformen fragwürdig werden. Das quasi-automatisierte »Weiter so« etablierter Lebensformen ersetzt der Rechtspopulismus durch ein explizites und programmatisches »Weiter so« oder »Zurück zu«, das sich an einer verlorengegangenen Stabilität der Gesellschaft und Redlichkeit der Menschen orientiert. Dieses Politik-Muster lässt sich als Verteidigung von Lebensformen beschreiben.

Für den US-amerikanischen Süden, wo sich die Hochburgen der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung befinden,¹ hat die Soziologin Arlie Russell Hochschild (2016) dieses Muster in Form einer ›Deep Story‹ beschrieben. Damit gemeint ist das metaphorisch verdichtete Ergebnis einer Perspektivübernahme, die sich nicht darauf zurückzieht, die Anhängerinnen und Anhänger des Rechtspopulismus als unverbesserliche Rassisten oder manipulierte Einfaltspinsel vorzuführen. Aus der Perspektive älterer weißer Arbeiterinnen und Arbeiter veranschaulicht Hochschild (2016, 135-151) das Leben als Anstehen für den Amerikanischen Traum. Das lange und mühselige Warten wird sich auszahlen; Arbeit und Rechtschaffenheit werden mit Wohlstand und Respekt belohnt, so die Erwartung an der Tea Party-Basis. Im skizzierten Bild stehen Minderheiten weiter hinten in der Schlange, die sich schon seit einiger Zeit nicht vorwärts zu bewegen scheint. Einige Leute, Schwarze, Homosexuelle, Feministinnen, Flüchtlinge, Kinderreiche oder Arbeitslose werden durch das Aufsichtspersonal nach vorne gelassen. Die weiter vorne standen, fühlen sich zurückgedrängt. Sie finden es unfair, dass die Reihenfolge missachtet wird – ist es jetzt nicht an ihnen, die Früchte ihrer harten Arbeit genießen zu dürfen? Aber solche Fragen gelten als intolerant und borniert und wer sie stellt, wird von den großen Medien zu den Hinterwäldlern gezählt, die ihren Heimatort nie verlassen haben und die Welt da draußen nicht kennen. So empfinden es zumindest Hochschilds Gewährspersonen in Louisiana. Sie fühlen sich vernachlässigt zugunsten von Leuten, die vorgelassen werden – in ihren Augen einfach nur, weil sie einer Minderheit angehören. Dabei sind sie, die das Land groß gemacht haben, doch inzwischen selbst eine Minderheit. Sie wollen nicht klagen, sie sehen sich nicht als Opfer – aber wer kümmert sich eigentlich um *sie*?

Welche Elemente dieses Bildes auf den europäischen und deutschen Kontext übertragbar sind oder welche funktionalen Äquivalente es gibt, wäre Thema einer genaueren Betrachtung. Auf den ersten Blick sind es zumindest folgende Bestandteile der ›Tea-Party-Lebensform‹ – »a culture, a way of seeing and feeling about a place and its people« (Hochschild 2016, 19) –, die auch der hiesige Rechtspopulismus adressiert: das Gefühl, in Sachen der Arbeit und der Familie sowie als Bürger*innen alles richtig gemacht zu haben und vom Staat dann doch um Erfolge und Anerkennung betrogen zu werden; die Ablehnung von Minderheiten, die durch Antidiskriminierungsmaßnahmen

(1) Der deutsche Rechtspopulismus zeigt große Ähnlichkeiten mit der Tea-Party-Bewegung. Die anti-etatistische Ausrichtung und das religiöse Element sind dort aber ungleich stärker.

begünstigt würden, insbesondere die Ablehnung von Maßnahmen und Aktivitäten für mehr Geschlechtergerechtigkeit und für die Rechte von LGBT-Personen; die Wahrnehmung von kultureller Pluralität als Missachtung und Bedrohung ›angestammter‹ Rechte. Im Zentrum dieser Lebensformen steht m.a.W. die Empfindung materieller (sozialer Abstieg, Steuerverschwendung) und kultureller (Verunglimpfung durch die Medien, Anforderungen an die politische Korrektheit in der liberalen Öffentlichkeit) Zurückweisung, analytischer: der Privilegienverlust.

⇒ 2 Verteidigung von Lebensformen: Empirische Beispiele

Eine ethnographische Untersuchung der ›Deep Story‹ hinter den vom Rechtspopulismus politisierten Lebensformen, wie sie Hochschild vornimmt, kann hier nicht geleistet werden. Aufgrund einer im Umfang begrenzten Erhebung von Dokumenten bzw. Medienbeiträgen soll aber zumindest beispielhaft illustriert werden, wie bestimmte Lebensformen, die sich um die ›richtige‹ Gestaltung von Familie und Sexualität, um ›gute‹ Gemeinschaft und rechtschaffene Arbeit drehen, von rechtspopulistischer Seite aufgegriffen und in verabsolutierter (naturalisierter und normalisierter) Form politisch in Stellung gebracht werden. Zu diesem Zweck werden im Folgenden mit der Pegida-Bewegung (›Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‹), der Partei ›Alternative für Deutschland‹ und der Zeitschrift ›Compact‹ drei tonangebende Akteure bzw. Organe des deutschen Rechtspopulismus untersucht. Ausgewählte Beiträge aus dem Jahr 2016 werden herangezogen, um zu illustrieren, was es heißt, Lebensformen zu politisieren.

Das empirische Material wird im Folgenden kategorisiert (zur Methode: Flick 2007, 386-421) und somit der inhaltsanalytischen Untersuchung (Mayring 2003) als ‚Politik der Lebensformen‘ zugänglich gemacht. Die zugrunde gelegten Kategorien sind theoretisch, also nicht unmittelbar aus dem Material selbst, konstruiert entsprechend den zentralen programmatischen Anliegen des Rechtspopulismus (etwa Geiges u.a. 2015, 89-130; Kellershohn/Kastrup 2016, 115-193; Zick/Küpper 2015). Diese Kategorienfamilien sind: (1) Familie, Sexualität und Geschlecht, (2) Minderheitenpolitik und ›Politische Korrektheit‹ und (3) Arbeit und Leistung. Die Quellen sind im Fall der Pegida-Bewegung die beim Videoportal YouTube abrufbaren Redebeiträge, die beim jeweils ersten ›Montagsspaziergang‹ des Monats im Laufe des Jahres 2016 in Dresden gehalten wurden; im Fall der AfD die 2016 veröffentlichten Pressemitteilungen aus dem Vorstand der Bun-

despartei, die auf der Website der Partei anhand bestimmter Stichwörter recherchiert wurden; im Fall der ›Compact‹-Monatszeitschrift die 2016 erschienen Beiträge, die in die Analysekategorien fallen und aufgrund eines fehlenden Online-Archivs händisch recherchiert wurden.

⇒ 2.1 Familie, Sexualität und Geschlecht

Fragen des guten Lebens betreffen nicht zuletzt Vorstellungen von Familie, Ehe und Sexualität sowie das Geschlechterbild. Die Tendenz des Rechtspopulismus, Wertvorstellungen der Diskussion zu entziehen durch den Verweis auf die angebliche Natürlichkeit (der heterosexuellen Paarbeziehung und Ehe, der familiären Arbeitsteilung oder der binären Geschlechterdifferenz) zeigt sich hier besonders deutlich. Mittels dieser Argumentation können die »Moralapostel und Tugendterroristen aus Politik und Medien« (Pegida 14.03.2016a) oder die »allmächtige Homo-Lobby« (Compact 11/2016, 52) als bevormundend diffamiert und die eigenen politischen Positionen gerechtfertigt werden. In diesem Sinne moniert die AfD an der schulischen Sexualerziehung, dass sie »bereits Grundschulkindern vielfältige sexuelle Verhaltensweisen vermittelt und etwa die Heterosexualität, insbesondere in ihrer ethischen Dimension, relativiert« (AfD 23.09.2016).

Eine an Geschlechtergerechtigkeit und sexueller Selbstbestimmung orientierte Politik wird von der Partei als Eingriff in die ›natürliche‹ Ordnung der Geschlechter und die Selbstregulation der Familie verstanden: »Was Kinder in ihrer Familie früher wie selbstverständlich erlernten, kann durch staatliche Ersatz-Institutionen nur sehr mühsam, teuer und ansatzweise vermittelt werden. Wenn aber die Keimzelle Familie in ihrer Funktion verschwindet, werden Staat und Gesellschaft eine Grundlage entzogen, die sie nicht entbehren können.« (AfD 15.11.2016) Mit Gender-Mainstreaming wende sich »Vater Staat gegen Mutter Natur«: »Wenn man erklärt, dass die Bundesregierung hier letztendlich Mann und Frau abschaffen und einen ›Unisex-Menschen‹ kreieren möchte, den man beliebig formen kann, da greift sich ein normal denkender Mensch an den Kopf und sagt sich – das kann doch wohl nicht wahr sein, und dafür zahle ich Steuern.« (Compact 6/2016, 34) Auch die Novellierung des Sexualstrafrechts sei eine empörende Einmischung und wird »damit enden, dass der Staat künftig noch intensiver in Ehebetten und auf Betriebsfeiern herumschnüffelt« (Compact 2/2016, 12).

Die »Diskreditierung der traditionellen Familie« durch »Gender-Hokuspokus« (AfD 24.06.2016) – also die ideologiekritische Analyse,

die auf die soziale Konstruiertheit des Geschlechts und die damit verbundene Legitimation von Macht verweist – und die Forderung nach Geschlechterquoten in Studium oder Arbeitswelt müssen zurückgewiesen werden. Denn sie werden als Angriff auf die eigene Lebensform und als Entzug von Anerkennung verstanden. Durch den Bezug auf Tradition, Normalität und Natürlichkeit werden demgegenüber exklusive Ansprüche reklamiert – man kann dem Kreis der ›Normalen‹ nicht beitreten durch Bekenntnisse oder durch Anstrengung; entweder man gehört dazu (d. h. man ›ist‹ heterosexuell, abendländisch oder deutsch) oder man gehört eben nicht dazu. Es ist nur folgerichtig, dass der Angriff auf die Normalität in den Augen von Pegida, Compact und AfD von der »bigotten Regierungsbande in Berlin« (Pegida 14.03.2016b) ausgeht, an deren Spitze ein »empathieloses Durchschnittsweib« (Pegida 14.03.2016c) und »glaubensferne Pfarrerstochter« (Compact 5/2016: 15) stehe. Merkel habe keine Kinder, keine Familie und folglich keine Lebenserfahrung, die sie zu einer guten Politikerin mache. Nicht so Frauke Petry (AfD): »Im Unterschied zu ›Mutti‹ hat die 40-Jährige wirklich Kinder, und zwar gleich vier an der Zahl – ohne dabei ihre frische Jugendlichkeit verloren zu haben.« (Compact 3/2016, 12)

⇒ 2.2 Minderheitenpolitik und ›Politische Korrektheit‹

Der Rechtspopulismus spricht Menschen an, die de facto keiner Minderheit angehören (nicht arm, keine Migrationsgeschichte, nicht diskriminiert aufgrund von Hautfarbe oder sexueller Orientierung), sich aber als Verlierer einer Politik sehen, die Minderheiten gleichstellt und sich selbst zunehmend in die Position einer Minderheit gedrängt fühlen. Was ihnen »als Vielfalt verkauft« werde, bedeute letztlich doch nur, dass »die Deutschen eine Minderheit unter vielen Minderheiten sind« (Pegida 04.01.2016a). Wobei man sich Deutschsein nicht zu rechtbasteln könne; wer dazugehört, das wissen die Deutschen einfach, auch wenn sie keine Normen oder Regeln dafür angeben können: »Wir sind wir.« (Pegida 06.02.2016) Ebenso fundamentalistisch wie sich selbst nehmen diese ›Deutschen‹ dann andere, eigentlich partikuläre Lebensformen wahr, so dass sie als existenzielle Bedrohung erscheinen: Der Islam falle nicht unter die Religionsfreiheit, weil er eine »Kulturlehre« sei, die »den Untergang der abendländischen Kultur« beabsichtige (AfD 09.06.2016) und ›uns‹ in einen »Zivilisationsdschihad« (Pegida 14.03.2016d) hineinreißt.

Minderheitenpolitik und Anti-Diskriminierung, die systematische und lange Zeit ignorierte Ungleichheiten abbauen sollen, werden als unfair

wahrgenommen, weil sie ein vermeintliches ›Erstanspruchsrecht‹ der etablierten Lebensformen infrage stellen und ihnen Lasten aufbürden. Die AfD vertrete daher »Menschen, die keine Vertreter im politischen System mehr haben, weil sie zu keiner lauten Minderheit gehören und vom Staat keine Sonderkonditionen genießen, sondern über Gebühr belastet werden« (AfD 20.10.2016) und ein Pegida-Redner verbittet sich, »dass der normale Zuwanderer per se eine Sonderbehandlung bekommt, die über der eines normalen Deutschen steht, der in seiner Vita nicht so gut dasteht oder einfach nicht das nötige Glück hatte« (Pegida 05.09.2016a). Sozialpolitische und ökonomische Probleme, etwa ein angespannter Wohnungsmarkt, werden als Gruppenkonkurrenz gedeutet: »So geht es inzwischen zu in diesem Land! Deutsche müssen ihre Wohnungen räumen – Somalier, Afghaner, Pakistani, Iraker, Syrer oder Nigerianer ziehen ein.« (Compact 5/2016, 34; Fehler im Original) Gerade die Ostdeutschen würden unter der Bevorteilung von ›Fremden‹ leiden: »25 Jahre lang haben wir geackert und das Land schön hergerichtet und jetzt dürfen wir uns wieder hinten anstellen.« (Pegida 05.09.2016b) Die Rechtspopulist*innen mahnen hingegen, »dass auch wir Inländer ein Recht auf Würde, auf Eigentum und auf körperliche Unversehrtheit haben« (Compact 9/2016, 12).

Die Verantwortung für die angebliche Bevorzugung von Minderheiten wird in den untersuchten Redebeiträgen, Pressemitteilungen und Zeitschriftenartikeln der Bevormundung und den Umerziehungsversuchen durch Medien und Politik zugeschrieben. Trigger sind insbesondere der »Kampf gegen Rechts« durch staatlich geförderte »bunte Vereine«, die Willkommenskultur und der ganze »Solidaritätsbullshit« (Pegida 01.08.2016). Es seien Vertreter aus der »Kaste der moralisch Verkommenen« (Pegida 14.03.2016e), »die – aufgewachsen in gutbürgerlicher Umgebung, fern von den Zentren der Gewalt, der Ausgrenzung, der Unterdrückung – uns erzählen wollen, was richtig und was falsch wäre« (Pegida 06.06.2016; Fehler im Original). Diese »Gutmenschen vertreten grundsätzlich nur die Interessen von Minderheiten und finden es unmoralisch, dass Männer und nichtfeministische Frauen, Deutsche, Christen, Weiße und Heterosexuelle überhaupt existieren« (Compact 3/2016, 65). Deren Werte würden »auf dem Altar eines Götzens namens Multikulturalismus« (Compact 1/2016, 65) geopfert und sie selbst müssten sich als dumm und abgehängt beschimpfen lassen – eine »Bevormundung unserer Bürger, die sich aus falsch verstandener Rücksicht und vermeintlicher politischer Korrektheit zu speisen scheint« (AfD 12.02.2016). Doch die »Sprech- und Denkverbote der Etablierten« produzierten lediglich

Menschen, die »wurzellos, geschlechtslos, geschichtslos und leicht beherrschbar« seien (Compact 9/2016, 44-45).

Im gesamten Material fällt eine Art double bind auf. Einerseits wenden sich die Autorinnen und Autoren an ein Publikum, von dem sie annehmen, dass es unter den Folgen von Zuwanderung, Steuerverwendung, Diffamierung durch die Medien, verfehlter Rentenpolitik oder aktivierender Arbeitsmarktpolitik zu leiden hat und insofern Opfer der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Es widerspräche aber andererseits der Selbstwahrnehmung als Rückgrat von Kultur und Werten und als »gutes Gewissen Deutschlands« (Pegida 04.01.2016b), für die eigene Zielgruppe Kompensationen einzufordern. Das Problem wird entschärft durch das »Expertenwissen« um die kommende Katastrophe, das sich die Rechten zuschreiben, und die Gewissheit der darauf folgenden Katharsis, die das Land von allen Übeln reinigen werde. Der Tag der Abrechnung komme gewiss; die Regierung würde »in nicht allzu ferner Zukunft für all ihre Verbrechen verurteilt« (Pegida 04.04.2016a). »Der Kessel brodeln, der Druck wächst und lange können sie diesen Deckel nicht mehr draufhalten.« (Pegida 07.11.2016a) Dieses Katastrophendenken ermöglicht das Aus- und Durchhalten, ohne dass konkrete Antworten auf die Vielzahl politischer Probleme gefunden werden müssen. Insbesondere die Beiträge auf den Pegida-Kundgebungen bedienen dieses Muster. Allenthalben ist vom drohenden Bürgerkrieg die Rede. Auf der einen Seite stünden die »zugewanderten Massen«, die das Land, die Freiheit, die Sicherheit, Frauen und Töchter bedrohen, und die Regierung, die »Feinde im Inneren« und »Marionetten«, die Gutmenschen und die »Lügenpresse«. Auf der anderen Seite die »echten Demokraten«, die das Land und die »eigenen Leute« retten und Ruhe und Ordnung wiederherstellen wollen. Sie müssen viel aushalten, folgen aber standhaft, unerschrocken und unbeirrt ihrem Weg. Sie sind »geduldig, aber nicht wahnsinnig« (Pegida 14.03.2016f). Sie hoffen, dass die »notwendige Rückeroberung der Werte« friedlich vonstattengeht, bereiten sich aber auf das Schlimmste vor (Pegida 14.03.2016g). Doch »Dresden wird auch diese dunklen Tage glänzend überstehen« (Pegida 03.10.2016).

⇒ 2.3 Arbeit und Leistung

Die moralische Aufladung von Arbeit im rechtspopulistischen Diskurs dreht sich um die Vorstellung, dass Arbeit dann gut ist, wenn sie von Selbstdisziplin, Entbehrung, Leidenschaft und Verzicht bestimmt wird. Nicht weil sie zu bestimmten Ergebnissen führen oder so effektiv wie möglich ausgeübt werden, sondern als ›Wert an sich‹ seien Arbeit und Beruf bedeutsam. Sie gewähren die Unabhängigkeit von staatlicher Unterstützung, den Stolz, es ›selbst geschafft‹ zu haben. Die Härten, die ein arbeitsames Leben mit sich bringt, würden sich – auch wenn das nicht die Intention ›rechtschaffener Arbeit‹ ist – schließlich auszahlen.

Die Politisierung dieser ›arbeiterlichen‹ (Eisenberg 1990) Lebensform geht von der Annahme ihrer Bedrohung aus. Sie rühre von einer Politik her, die das hart erarbeitete Volkseinkommen quasi gegenleistungslos an Geflüchtete umverteilen und im ›Kampf gegen Rechts‹ verschwenden würde. Während (deutsche und unverdient) Arbeitslose »zu Bittstellern degradiert« und die »arbeitende Bevölkerung in die Altersarmut geführt« werde (Pegida 04.04.2016b), sei die Regierung zugleich bemüht, »einem Millionenheer von ungebildeten Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika eine Rundumsorglos-Vollversorgung zu finanzieren« (AfD 26.10.2016). »Die Wenigsten sind ausbildungsfähig, sie werden unserem Sozialsystem, also uns allen, größtenteils auf ewig auf der Tasche liegen.« (Pegida 04.07.2016) Wenn Geflüchteten nicht gleich die passende Arbeitsmoral abgesprochen wird, wird es (von der AfD) als Gebot sozialer Gleichheit hingestellt, ihre faktische Ungleichheit am Arbeitsmarkt zu akzeptieren (und etwa den Mindestlohn nicht auszusetzen²). Es sei eine Politik gefragt, die den Menschen »einen gesicherten Lebensabend ermöglicht als Dank für die Jahrzehnte harte Arbeit für die Gemeinschaft« (Pegida 07.11.2016b) und ›Volksvertreter‹, die bereit sind, sich »für die Interessen der kleinen Leute, Arbeitslosen, Kleinunternehmer, Rentner, Familien und Alleinerziehenden einzusetzen« (Pegida 04.04.2016c). Stattdessen finanziere die Regierung »linksextreme Vereine und Gruppierungen im sogenannten ›Kampf gegen Rechts‹ mit Steuergeldern« (AfD 26.08.2016). Man habe es mit einer Marktverzerrung

(2) Mir kommt es hier nicht auf den Sinn oder Unsinn der Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn an, sondern auf die Begründung, die die AfD vorbringt: »Wenn wir es zulassen, dass für Asylbewerber Ausnahmen beim Mindestlohngesetz gemacht werden dürfen, konterkarieren wir nicht nur das Mindestlohngesetz an sich, sondern benachteiligen vor allem unsere eigene Bevölkerung.« (AfD 02.01.2017)

zu tun, die die »Jahrzehnte harter Arbeit« nicht wertzuschätzen weiß: »Hunderttausende Menschen, deren einzige Chance darin besteht, über Jahrzehnte im gewachsenen System aus Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien usw. zu leben und in ihnen zu überleben, dort ihren Lebensunterhalt zu beziehen, haben berechtigterweise Angst, bald nicht mehr von morgens früh bis abends spät gepampert und mit Steuergeldern gestopft zu werden. Diese Typen werden alles tun, damit ihr System so weiterläuft und ausgebaut wird, denn viele von denen wären in der freien Wirtschaft gar nicht überlebensfähig.« (Pegida 02.05.2016)

Hochschild weist bei der Analyse der von ihr geführten Interviews auf das tiefe Misstrauen in die Regierung hin, das sich insbesondere in den Aussagen zur Steuerpolitik zeige. Das hier gesichtete Material aus dem Kontext des deutschen Rechtspopulismus legt Ähnlichkeiten nahe. So wird eher dem Markt vertraut als dem Staat und die individuelle Chance gegenüber der solidarischen Gesellschaft bevorzugt: »Eine Steuer, die gegen Null geht, stärkt die Familien, fördert den unternehmerischen Geist, stärkt den Mittelstand und macht nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver.« (AfD 15.02.2016) Umverteilung lasse das Geld doch nur versickern und mache die Anstrengung der Einzelnen zunichte: »Statt dem Arbeitnehmer finanziell unter die Arme zu greifen, treibt Schäuble Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit immer weiter in die Höhe. Das ist nicht nur leistungsfeindlich, sondern der Weg in eine immer stärkere Umverteilung nach sozialistischem Vorbild.« (AfD 13.04.2016)

⇒ 3 Eine antipopulistische Politik der Lebensformen?

Im Zentrum der Lebensformen, die der Rechtspopulismus adressiert, stehen Ideen von Familie, Gemeinschaft und Arbeit, die unter Veränderungsdruck stehen, in der politischen Rhetorik aber als bewährt, moralisch integer und gewissermaßen unantastbar beschrieben werden. Über die Leserschaft seiner Zeitschrift sagt der ›Compact‹-Chefredakteur Jürgen Elsässer: »Sie wollen nicht das Dritte Reich zurück und auch nicht das Sowjetsystem, sondern sozusagen die gute alte Bundesrepublik in der Tradition von Helmut Kohl und Helmut Schmidt.« (Compact 6/2016, 42) Und auch Pegida-Initiator Lutz Bachmann beendet seine Rede bei einem ›Montagsspaziergang‹ mit dem Ausruf: »Ich will mein Land zurück.« (Pegida 07.11.2016c)

Die Berufung auf ein »Heartland« (so der Politikwissenschaftler Paul Taggart, zit. n. Priester 2012a, 49) und eine Zeit, ›als die Welt noch in Ordnung war‹, liegt einer Verfallserzählung zugrunde und soll An-

sprüche auf die Beibehaltung und Wiederherstellung traditioneller Lebensformen legitimieren. Was ›schon immer‹ so war, sei besser und richtiger. Selbst wenn die Lebensumstände früher einfacher und stabiler waren – was i.d.R. eine Wahrnehmungsverzerrung ist –, besagt das jedoch nichts über ihre aktuelle Angemessenheit. Ebenso blendet das Argument, eine bestimmte Lebensform sei natürlicher als eine andere, die historische Genese sozialer Normen aus. Carolin Emcke (2016, 97) verweist auf den blinden Fleck, der es schwierig macht, eigene Privilegien zu reflektieren: »Wer der Norm entspricht, dem oder der fällt oft nicht auf, wie sie andere ausgrenzt oder degradiert. Wer der Norm entspricht, kann sich oft ihre Wirkung nicht vorstellen, weil die eigene Akzeptanz als selbstverständlich angenommen wird.« Tatsächlich sind die mit einer Lebensform verbundenen Privilegien nicht gerechtfertigt – es ist für die Betroffenen einfach Glück, in einer Gesellschaft zu leben, die Hautfarbe oder Heterosexualität zu Kriterien für Statuszuweisung macht bzw. lange gemacht hat. Die rechtspopulistische Verteidigung von Lebensformen verfängt deshalb, so hatte ich oben gesagt, weil der öffentliche Raum in den liberal-demokratischen Gesellschaften ethisch entleert ist, Fragen des guten Lebens sich den Menschen aber gleichwohl aufdrängen. Rechtspopulisten greifen diese Bedürfnisse auf und verstärken sie in exkludierender Art und Weise. Es geht ihnen nicht um Wertedebatten und Auseinandersetzung, sondern um die Dominanz der etablierten und ›natürlichen‹ Lebensformen. Pluralität wird durch sie als Bedrohung verstanden; andere Lebensformen können nicht als Suchbewegungen nach Möglichkeiten des guten Lebens gesehen werden, sondern nur als Angriff auf die eigene Identität. Entsprechend ist auch ›das Volk‹, das die Rechtspopulisten zu vertreten beanspruchen, eine exklusive und homogenisierende Kategorie und nicht ›auch Volk‹, das seine politische Repräsentation oder Staatsbürgerrechte einfordert (Müller 2016, 21).

Wenn es stimmt, dass der Rechtspopulismus in erster Linie Lebensformen- und nicht Interessenpolitik betreibt, dann läuft die Kritik, von rechts agitierte Massen handelten gegen ihre eigenen Interessen ins Leere. Wie kann die Kritik an der ethischen Enthaltensamkeit des Liberalismus jedoch aufgenommen und zugleich der Rechtspopulismus kritisiert werden? In Anlehnung an Rahel Jaeggi (2015) sollten Lebensformen als »Experimente der Problemlösung« betrachtet werden. In der demokratischen, pluralistischen und ethisch ›gesättigten‹ Öffentlichkeit sollten ›unnatürliche‹ normative Debatten geführt werden, um die Experimente gegeneinander abzuwägen und neue Problemlösungen zu finden. Es ginge dann nicht darum, paternalistisch

den Weg zum guten Leben zu dekretieren, sondern verschiedene Lebensformen zu befragen, ob sie ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, ob die Probleme, die sie lösen wollen, relevante gesellschaftliche Probleme sind und was sie tatsächlich zu ihrer Lösung beitragen können. Der rechte Antipluralismus und die Fixierung auf die Homogenität der Lebensformen könnten dann tatsächlich in Hinblick auf das gute Leben diskutiert werden. Es ist ja eine wichtige Frage, »ob eine kulturell einheitliche Gesellschaft erfolgreicher wirtschaftet, ob eine kulturell einheitliche Gesellschaft ökologische Krisen leichter bewältigt, ob sie weniger soziale Ungerechtigkeit zwischen ihren Angehörigen produziert, ob sie sich als politisch stabilere Ordnung erweist oder ob sich die Mitglieder auch nur wechselseitig mehr respektieren« (Emcke 2016, 126).

Es wird sich dann schnell zeigen, dass Pegida, AfD, Compact & Co. nicht wirklich viel anzubieten haben. Das setzt aber einen politischen und gesellschaftlichen Kontext voraus, der die unvermeidbare und unendliche Auseinandersetzung darüber, was es heißt, ein gutes Leben zu führen, ermöglicht und ermutigt. Es geht darum, so Sandel (2013, 357), »eine öffentliche Kultur zu schaffen, die mit den unvermeidlich auftretenden Meinungsverschiedenheiten umzugehen weiß«. Und die sich dabei nicht auf Fragen der Anerkennungspolitik verengt, sondern auch die verselbständigte Orientierung an ökonomischem Wachstum oder Investitionsentscheidungen darauf befragt, ob sie eigentlich das Leben gut machen.

⇒ Literatur

Boris, Dieter (2016): Aspekte von Linkspopulismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 107, 19-29.

Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loïc (1996): Reflexive Anthropologie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Dubiel, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus, in: Ders. (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 33-50.

Eisenberg, Götz (1990): „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Zur Sub- und inneren Kolonialgeschichte der Arbeitsgesellschaft, in: psychosozial 13(3): 103-115.

Emcke, Carolin (2016): Gegen den Hass, Frankfurt a. M.: Fischer.

Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

Geiges, Lars; Marg, Stine; Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript.

Häusler, Alexander (2013): Die ‚Alternative für Deutschland‘ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertieften Auseinandersetzung. Heinrich Böll Stiftung NRW, Download unter: <http://www.boell-nrw.de/de/2014/04/04/die-alternative-fur-deutschland-eine-rechtspopulistische-partei>

Hochschild, Arlie Russel (2016): Strangers in Their Own Land. Anger And Mourning on the American Right, New York: The New Press.

Jaeggi, Rahgel (2015): Experimenteller Pluralismus. Lebensformen als Experimente der Problemlösung, in: Polar Nr. 18, 9-22.

Jaeggi, Rahel (2014): Kritik von Lebensformen, Berlin: Suhrkamp.

Kellershohn, Helmut; Kastrup, Wolfgang (2016): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster: Unrast.

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 8. Aufl., Weinheim u. Basel: Beltz.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin: Suhrkamp.

Priester, Karin (2012a): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a. M./New York: Campus.

Priester, Karin (2012b): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa – Übergänge und Differenzen, in: Vorgänge Nr. 1/2012, 52-59.

Rancière, Jacques (1995/2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Rawls, John (1975/1971): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Reckwitz, Andreas (2016): Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus. Die Spätmoderne im Widerstreit zweier Kulturalisierungsregimes. Soziopolis, Download unter:
<https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus/>

Sandel, Michael J. (2013): Gerechtigkeit. Wie wir das Richtige tun, Berlin: Ullstein.

Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg: Hamburger Edition.

Zick, Andreas; Küpper, Beate (2015): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Dietz.

Quellen (Zugegriffen: 05.07.2017)

AfD 12.02.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/gauland-sichtbar-machen-statt-verschleiern/>

AfD 15.02.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/weidel-reform-der-erbschaftssteuer-eine-historische-chance-fuer-eine-abschaffung/>

AfD 13.04.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/alice-weidel-einkommensteuer-senken-und-gerechte-sozialversicherungssysteme/>

AfD 09.06.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/glaser-wolfgang-schaeuble-der-autorassist/>

AfD 24.06.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/petry-cdu-biedert-sich-bei-spd-und-gruenen-aus-wie-berechenbar/>

AfD 26.08.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/hampel-heiko-maas-verhoeht-den-rechtsstaat/>

AfD 23.09.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/die-hessische-landesregierung-vergreift-sich-an-unsere-kindern/>

AfD 20.10.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/gauland-die-gruenen-sind-die-neue-wohlstandspartei/>

AfD 26.10.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/weidel-alterssicherungsbericht-der-bundesregierung-ist-eine-unverfrorenheit/>

AfD 15.11.2016: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/driesang-gewalt-gegen-lehrer-die-saat-geht-auf/>

AfD 02.01.2017: Pressemitteilung aus dem AfD-Bundesvorstand, <https://www.afd.de/poggenburg-mindestlohn-keine-ausnahmeregelungen-fuer-asylbewerber/>

Pegida 04.01.2016a: Redebeitrag von Gernot Tegetmeyer auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=lwJ3nLcppwo>, Min. 11:24 bis 11:34

Pegida 04.01.2016b: Redebeitrag von Tatjana Festerling auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=lwJ3nLcppwo>, Min. 31:41 bis 31:43

Pegida 06.02.2016: Redebeitrag von Birgit Weißmann auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=w5Ms35m4RB8>, Min. 01:05:10 bis 01:05:11

Pegida 14.03.2016a: Redebeitrag von Tatjana Festerling auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>, Min. 25:17 bis 25:19

Pegida 14.03.2016b: Redebeitrag von Tatjana Festerling auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>, Min. 38:19 bis 38:22

Pegida 14.03.2016c: Redebeitrag von Tatjana Festerling auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>, Min. 22:04 bis 22:07

Pegida 14.03.2016d: Redebeitrag von Siegfried Däbritz auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>,

Min. 01:33:58 bis 01:33:59

Pegida 14.03.2016e: Redebeitrag von Tatjana Festerling auf der Pegida-Demonstration,

<https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>, Min. 21:16 bis 21:19

Pegida 14.03.2016f: Redebeitrag von Horst Sparwasser auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>, Min. 01:48:16 bis 01:48:20

Pegida 14.03.2016g: Redebeitrag von Siegfried Däbritz auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=WhXye5nij58>, Min. 01:36:11 bis 01:36:13

Pegida 04.04.2016a: Redebeitrag von Lutz Bachmann auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=1D8hx0CwFFU>, Min. 16:01 bis 16:05

Pegida 04.04.2016b: Redebeitrag von Heiko Müller auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=1D8hx0CwFFU>, Min. 21:30 bis 21:48

Pegida 04.04.2016c: Redebeitrag von Heiko Müller auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=1D8hx0CwFFU>, Min. 23:37 bis 23:45

Pegida 02.05.2016: Redebeitrag von Siegfried Däbritz auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=Q0UI9myycm0>, Min. 28:17 bis 28:52

Pegida 06.06.2016: Redebeitrag von Siegfried Däbritz auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=IO4ZXhtkxHo>, Min. 01:30:23 bis 01:30:33

Pegida 04.07.2016: Redebeitrag von Siegfried Däbritz auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=KaX92GO6AFM>, Min. 21:49 bis 21:58

Pegida 01.08.2016: Redebeitrag von Michael Stürzenberger auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=1erGesXyuM4>, 01:42:56 bis 01:42:58

Pegida 05.09.2016a: Redebeitrag von Wolfgang Taufkirch auf der Pegida-Demonstration,
<https://www.youtube.com/watch?v=JDZztCfAGu4>, Min. 01:38:47 bis
Min. 01:38:57

Pegida 05.09.2016b: Redebeitrag von Wolfgang Taufkirch auf der Pegida-Demonstration,
<https://www.youtube.com/watch?v=JDZztCfAGu4>, Min. 01:42:53 bis
01:42:59

Pegida 03.10.2016: Redebeitrag von Siegfried Däbritz auf der Pegida-Demonstration,
<https://www.youtube.com/watch?v=NUo0C8qqpLU>, Min. 25:01 bis
25:05

Pegida 07.11.2016a: Redebeitrag von Gernot Tegetmeyer auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=t-BKiysQwIE>, Min. 42:47 bis 42:53

Pegida 07.11.2016b: Redebeitrag von Lutz Bachmann auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=t-BKiysQwIE>,
Min. 31:36 bis 31:42

Pegida 07.11.2016c: Redebeitrag von Lutz Bachmann auf der Pegida-Demonstration, <https://www.youtube.com/watch?v=t-BKiysQwIE>,
Min. 32:31 bis 32:33

Zitationsvorschlag:

Bescherer Peter (2017): »Wir sind doch auch eine Minderheit« Rechtspopulismus als Verteidigung von Lebensformen. (Ethik und Gesellschaft 1/2017: Sozialethik der Lebensformen). Download unter:

<https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2017-art-3> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2017: Sozialethik der Lebensformen

Bernhard Laux

Kann man (intime) Lebensformen bewerten? Eine Reflexion im Anschluss an Jürgen Habermas und Rahel Jaeggi

Gregor Scherzinger

Pluralität der Lebensformen und Modelle theologischer Ethik

Peter Bescherer

»Wir sind doch auch eine Minderheit«

Rechtspopulismus als Verteidigung von Lebensformen

Helga Amesberger

Sexarbeit: Arbeit – Ausbeutung – Gewalt gegen Frauen? Scheinbare Gewissheiten

Luisa Fischer

Familiale Lebensformen: Thesen des Wandels und aktuelle familiensoziologische Perspektiven als Herausforderungen der Ethik

Jonas Hagedorn/Lisa Neher

Familie und Alter – Lebensformen zwischen Deinstitutionalisierung und pflegepolitischer Reinstitutionalisierung

Gerhard Schreiber

Geschlecht als Leerstelle? Zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2019/16 gegen die Versagung eines dritten Geschlechtseintrags

Christian Spieß

Zwischen Gendertheorien und Naturrecht. Christlich-sozialethische Überlegungen zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und zur »Ehe für alle«